



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Trans* e.V. (BVT)

Stand vom 30.06.2024 18:48:11 bis 31.07.2025 18:24:16

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001715
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	30.06.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Prinzregentenstraße 84 10717 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493023949896 E-Mail-Adressen: info@bv-trans.de Webseiten: <u>www.bv-trans.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

1,96

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Robin Osterkamp**
Funktion: Vorstand
2. **Nora Eckert**
Funktion: Vorstandsmitglied
3. **Ben Manuř Liehr**
Funktion: Vorstand
4. **Mary González Leal**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Kalle Hümpfner**
2. **Nora Eckert**
3. **Ben Manuř Liehr**

Gesamtzahl der Mitglieder:

266 Mitglieder am 31.12.2023, davon:

209 natürliche Personen

57 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (9):

1. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V.
2. DAG SHG e.V.
3. ILGA Europe
4. TGEU (Transgender Europe) e.V.
5. Deutscher Frauenrat e.V. - CEDAW Alliance
6. Bundesverband Queere Bildung e.V.
7. Lesben- und Schwulenverband Deutschland e.V.
8. TGNS (Transgender Network Switzerland)
9. Forum Menschenrechte

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (11):

Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Seniorenpolitik; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Asyl und Flüchtlingsschutz; Migration; Zivilrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband Trans* (BVT*) wurde 2015 als ein Zusammenschluss von Einzelpersonen, Gruppen, Vereinen und Initiativen auf Regional-, Landes- und Bundesebene gegründet. Das gemeinsame Bestreben ist der Einsatz für geschlechtliche Selbstbestimmung und Vielfalt. Der BVT* engagiert sich für die Menschenrechte im Sinne von Respekt, Anerkennung, Gleichberechtigung, gesellschaftlicher Teilhabe und Gesundheit von trans* bzw. nicht im binären Geschlechtersystem verorteter Personen.

Durch Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit stärkt der Bundesverband Trans* die Sichtbarkeit von trans*politischen Anliegen. Politische Entscheidungsträger*innen informiert der BVT* über dringende Handlungsbedarfe, um die Grundrechte von trans* und nicht-binären Personen zu schützen. Gesetzgebungsverfahren, welche die Lebensrealität von trans* und nicht-binären Personen betreffen, begleitet der Verband durch Stellungnahmen und Fachgespräche. Konkrete Ziele, für die sich der BVT* einsetzt, sind:

- Ablösung des Transsexuellengesetzes (TSG) durch ein Selbstbestimmungsgesetz, das eine Änderung des Namens und Geschlechtseintrags vor dem Standesamt auf Basis der Selbstauskunft ermöglicht und wirksam vor Fremddoutings schützt.
- Gesetzesvorhaben zu einem TSG-Entschädigungsfonds.
- Reform des Familien- und Abstammungsrechts.
- Ergänzung Artikel 3 Grundgesetz.
- Sicherung und Verbesserung der Gesundheitsversorgung.
- Abbau von (Psycho-)Pathologisierung und Stigmatisierung.
- Wahrung der Menschenrechte von queeren Geflüchteten.
- Stärkung von Trans*community-Strukturen wie Selbsthilfegruppen, Netzwerken und Vereinen.
- Ausbau des Antidiskriminierungsrechts und Stärkung des Schutzes vor Hasskriminalität.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes

Beschreibung:

Ablösung des Transsexuellengesetzes (TSG) durch ein Selbstbestimmungsgesetz, das eine Änderung des Namens und Geschlechtseintrags vor dem Standesamt auf Basis der Selbstauskunft ermöglicht und wirksam vor Fremddoutings schützt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9049 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften

1. Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PStG [alle RV hierzu]; TSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Geschlechterpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Einführung eines Entschädigungsfonds für Grundrechtsverletzungen in TSG-Verfahren

Beschreibung:

Einrichtung eines Entschädigungsfonds für trans* Personen, die im Rahmen ihrer Änderung des Geschlechtseintrags nach § 8 Abs. 1 Nr. 2-4 TSG ("Transsexuellengesetz") Grundrechtsverletzungen erfahren haben, bis entsprechende Regelungen durch das Bundesverfassungsgericht außer Kraft gesetzt wurden.

Betroffenes geltendes Recht:

TSG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Geschlechterpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Reform des Abstammungsrechts

Beschreibung:

Umfassende abstammungsrechtliche Reform, welche die Benachteiligung von LSBTIQ*-Personen im Abstammungsrecht abbauen soll: dies umfasst u.a. Abschaffung der Stiefkindadoption für Regenbogenfamilien, Einführung von präkonzeptionellen Vereinbarungen zu Elternschaft, Anerkennung von trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Eltern im Identitätsgeschlecht und entsprechende Aufnahme im Geburtsregister (Anpassungen notwendig in §§ 1591, 1592 BGB)

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Geschlechterpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Reform des AGG (Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes)

Beschreibung:

Reform des AGG, um bestehende Schutzlücken zu schließen und gesellschaftlich benachteiligten Bevölkerungsgruppen mehr Teilhabe zu ermöglichen: dies umfasst u.a. die Stärkung des Diskriminierungsschutzes durch die Erweiterung von Diskriminierungskategorien und -formen, die Verbesserung der Rechtsdurchsetzung durch Verlängerung von Geltendmachungsfristen und Einführung des Verbandsklagerechts sowie eine Stärkung der Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes (ADS).

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Diversitätspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Geschlechterpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#); Seniorenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Reform der Trans*gesundheitsversorgung

Beschreibung:

Gesetzliche Reform der Trans*gesundheitsversorgung: Fokus liegt hierbei auf die Regelungen im SGB V, welche die Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen betreffen. Die aktuellen Regelungen sind mit Blick auf die fortlaufenden Entwicklungen in medizinischen und psychologischen Diskursen anzupassen, damit eine dem wissenschaftlichen Stand angemessene und wirtschaftliche Behandlung von trans* Personen stattfinden kann.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

6. Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 GG

Beschreibung:

Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 GG, damit auch LSBTIQA*-Personen unmissverständlich durch die Verfassung vor Diskriminierung geschützt sind.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

7. Einführung eines Gewalthilfegesetzes

Beschreibung:

Einführung eines Gewalthilfegesetz, das das Recht von Betroffenen geschlechtsspezifischer Gewalt auf Beratung und Unterstützung gewährleistet. Ein entsprechendes Gesetz muss auch die spezifischen Bedarfe trans*, inter und nicht-binärer Personen berücksichtigen.

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

8. Einführung eines Gesetzes gegen digitale Gewalt

Beschreibung:

Einführung eines Gesetz gegen digitale Gewalt, das auch vor dem Hintergrund geschlechtlicher Vielfalt die Rechte und Möglichkeiten Betroffener digitaler Gewalt und Hassrede stärkt.

Betroffenes geltendes Recht:

TTDSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406280071 (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):

1. **"Demokratie leben!" - Bundesprogramm des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Sprenger Str. 31, 02959 Schleife
Betrag: 590.001 bis 600.000 Euro
Zuwendung im Rahmen des Bundesprogramms des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend "Demokratie leben!" als Teil des Projektes
"Kompetenznetzwerkes zum Abbau von Homosexuellen- und Transfeindlichkeit / BVT*. Für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung und Vielfalt!".
2. **"Demokratie leben!" - Bundesprogramm des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über Weiterleitungsvertrag IDZ Jena**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Schleife
Betrag: 1 bis 10.000 Euro
Projekt Trans*feindlichkeit: Kontexte, aktuelle Dynamiken und Auswirkungen
Weiterleitungsvertrag des Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung, Jena
3. **ifa Institut für Auslandsbeziehungen**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Gastorganisation für Schutzaufenthalt einer Menschenrechtsverteidigerin

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Lobbregister_BVT_23Jahresbericht.pdf](#)